

Offener Brief

An die Umweltministerin Priska Hinz

An den Verkehrsminister Tarek Al-Wazir

Hessischer Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Tel. 06 11 – 350 60 90
Fax: 06 11 – 350 60 91
die-linke@ltg.hessen.de
www.linksfraktion-hessen.de

Wiesbaden, den 09.09.2020

Moratorium jetzt! Kein Weiterbau der A 49 - Dannenröder Wald erhalten - Klima und Biodiversität schützen

Sehr geehrte Frau Ministerin Hinz,
sehr geehrter Herr Minister Al-Wazir,

es ist 5 nach 12!

Die Folgen des Klimawandels mit Artenverlust, Waldsterben und Trinkwasserknappheit machen deutlich, dass der Weiterbau der Autobahn 49 ausgesetzt und überprüft werden muss.

Der Weiterbau der A 49 von Schwalmstadt bis zur A 5 bei Gemünden widerspricht den Zielen des Hessischen Klimaschutzplans, er widerspricht den Zielen der Hessischen Nachhaltigkeits- sowie den Zielen der hessischen Biodiversitätsstrategie. Die Planungen beachten die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinien nicht, wie auch das BVG Leipzig am 23. Juni dieses Jahres bestätigte, und sind unvereinbar mit dem sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft zum Schutz des Klimas und der Menschen.

Schon die 1997 von der Hessischen Landesregierung in Auftrag gegebene Umweltverträglichkeitsstudie kam zu dem Ergebnis, dass die Zielkonflikte der Trasse mit dem Natur- und Umweltschutz nicht aufgelöst und die Eingriffe in Natur und Landschaft nicht ausgeglichen werden können.

Ein Bau der Autobahn durch das Flora-Fauna-Habitat-Gebiet Herrenwald bei Stadtallendorf war eigentlich ausgeschlossen. Nur ein „Nachweis“ so genannter „zwingender Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses“ ermöglichte eine Ausnahme. Darauf bezieht sich auch eine am 1. März 2020 beim Hessischen Landtag eingereichte Petition und ein Schreiben mit dem sich das Aktionsbündnis „Keine A 49“ jetzt an Politik, Wissenschaft und Medien wendet. Aufgrund des Klimawandels und der fortschreitenden Versiegelung von Acker- und Waldflächen ist das öffentliche Interesse aber im Wandel begriffen. Mobilität muss umweltfreundlicher und Naturräume besser geschützt werden.

Für den geplanten Weiterbau der Autobahn müssen bei Stadtallendorf 25 Hektar Wald, der zu einem Flora-Fauna-Habitat (Natura 2000-Gebiet) gehört, gerodet werden! Weitere 85 Hektar würden der Autobahn im Dannenröder Wald zum Opfer fallen. Der, trotz Dürre und Klimaänderung, noch intakte Buchen-Eichen-Mischwald mit bis zu 300 Jahren alten Bäumen, gilt seit den 1980er Jahren als Vorzeigewald für nachhaltige Forstwirtschaft und soll nun durch eine Autobahn zerschnitten werden. Arten- und Biotopschutz werden hier mit Füßen getreten.

Bei Niederklein überquert die Trasse das Gleental. Dort liegt ein Trinkwasserschutzgebiet, in dem Nutztiere wegen drohender Verunreinigung nicht grasen dürfen. Hier soll eine 460 Meter lange und 30 Meter hohe Autobahnbrücke über das Tal gebaut werden, mit Pfeilern, die 30m tief in die Erde, davon 20m in den Bereich des Grundwassers, reichen. Die Pfeiler sollen in unmittelbarer Nähe von Wasserpumpen gründen und gefährden damit die Trinkwasserversorgung für circa 500.000 Menschen. Aufgrund der Dürresommer gab es in der Region bereits jetzt Probleme mit der Wasserversorgung.

Die Kosten für den Autobahnbau sind in den letzten Jahren exorbitant gestiegen. Zudem soll der letzte Bauabschnitt über eine Öffentlich-Private Partnerschaft finanziert werden, wodurch noch höhere Beträge in private Gewinne abfließen.

Ministerpräsident Bouffier hat im November 2019 das Projekt „Unser Wald“ ins Leben gerufen, mit den Worten: „Den Wald zu bewahren, ist eine Gemeinschaftsaufgabe“. Wenn diese Worte mehr als nur eine hohle Phrase sein sollen, muss das Autobahnprojekt jetzt auf den Prüfstand. Gegen die hohe Verkehrsbelastung in den Gemeinden gibt es andere Lösungen, die viel einfacher, kostengünstiger, und umweltfreundlicher realisiert werden können, als der Bau dieser Autobahn. Mit dem Dannenröder Appell (2019) und schon Jahre zuvor wurde eine sinnvolle Alternative vorgelegt.

Wir fordern Sie daher auf, sich für ein sofortiges Bau-Moratorium einzusetzen. Der Weiterbau der A 49 muss gestoppt werden, Alternativen müssen geprüft und umgesetzt werden. Eine Kriminalisierung und Räumung von Klima- und Umweltaktivisten*innen, die für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen eintreten, zerstört das Vertrauen gerade junger Menschen in die Fähigkeit der Politik, unsere Zukunft sicher zu gestalten.

Auch für die A 49 gilt:

„Baurecht bedeutet nicht Baupflicht!“

Mit freundlichen Grüßen

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag



Janine Wissler

Die Fraktionsvorsitzende



Jan Schalauske

Der Stellvertretende Fraktionsvorsitzender



Torsten Felstehausen

Der Parlamentarische Geschäftsführer



Heidemarie Scheuch-Paschkewitz